Mönchaltorf Bisher gingen drei Einwendungen gegen das umstrittene Golfplatzprojekt ein

Naturschutz plant Referendum

Für Paul Stopper, Präsident der Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster, ist es unmöglich, dass in Mönchaltorf ein Golfplatz gebaut werden kann, weil das dafür vorgesehene Gebiet als Fruchtfolgefläche vorgesehen ist. *(Thomas Hulliger)*

Die Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster will auf politischem Weg gegen den geplanten Mönchaltorfer Golfplatz vorgehen. Gegen die Richtplanänderung gab es bisher drei Einwendumgen.

Bettina Sticher

Das Golfplatzprojekt in Mönchaltorf ist umstritten. Gegen die von der Planungsgruppe Zürcher Oberland (PZO) öffentlich aufgelegte Richtplanänderung (wir berichteten) gingen bei der Gemeinde bisher drei Einwendungen ein, wie von Harry Hungerbühler, Leiter der Mönchaltorfer Bau- und Liegenschaftenverwaltung, auf Anfrage zu erfahren war. Die Frist läuft am 31. August ab.

«Für viel Geld fruchtbar gemacht»

Eine der Einwendungen kommt von der Interessengemeinschaft Mönchaltorf ohne Golfplatz, die das Projekt seit Jahren bekämpft. Ihre Argumente: In den Kriegsjahren sei das Land für teures Geld drainiert und fruchtbar gemacht worden.

Niemand verstehe, wieso dies nun rückgängig gemacht werden solle, so Guido Stocker von der Interessengemeinschaft. Zudem sei eine Golfanlage für ihn keine ausgeräumte Landschaft, wie es immer so schön heisse, sondern eine «ausgeträumte Landschaft. Ein Golfplatz ist gar keine Landschaft, sondern himmeltraurig trostlos.»

«Die Landwirtschaft hat Vorrang»

Die Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster (GNVU) beantragt, auf die geplante Teilrevision des Landschaftsplans zu verzichten. Das im Plan als besonderes Erholungsgebiet C bezeichnete Gebiet sei unverändert in der Landwirtschaftszone und in der Fruchtfolgefläche (Land, das für Notzeiten für den Anbau freibehalten werden muss) zu belassen.

Im Kanton Zürch habe es ohnehin zu wenig von diesen Flächen. Zweitens fordert die GNVU, die Landwirtschaftsflächen, die für den Golfplatz vorgesehen wären, zu artenreichen Brach- und Ausgleichsflächen umzugestalten. Die Flächen sollten gepachtet und finanziell abgegolten sowie in das Landwirtschaftskonzept Mönchaltorfs integriert werden. «Die Landwirtschaft hat Vorrang», erklärt Paul Stopper aus Uster, der Präsident der GNVU.

Paul Stoppers Meinung nach kann auf einer Fruchtfolgefläche unmöglich ein Golfplatz gebaut werden. Er verweist dabei auf ein Bundesgerichtsurteil in Sachen Golfplatz Bonstetten-Wettswil, welches einen für den Kanton Zürich wegweisenden Negativentscheid gefällt hat.

> «Auf Fruchtfolgefläche darf kein Golfplatz gebaut werden.» Paul Stopper

Richtplanänderung an die Urne

Um beim Golfplatz Mönchaltorf politisch mitbestimmen zu können, will die GNVU das fakultative Referendum gegen die Richtplanänderung ergreifen. 1000 Unterschriften sind nötig, dann kommt diese Änderung zur Abstimmung an die Urne.

In diesem Fall würden die Stimmberechtigten aller 22 Gemeinden der PZO zur Abstimmung gebeten. Dies, weil es gemäss Thomas Rubin von der Planungsgruppe Zürcher Oberland hier um die regionale Festlegung geht. Paul Stopper ist überzeugt, dass die Urnenabstimmung zu Gunsten der Landwirtschaft und der Natur ausfallen wird.

Bodenrechtlich problematisch

Tatsächlich ist die Frage der Fruchtnachfolgefläche der springende Punkt an der Geschichte, wie auch das kantonale Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV) in seinem Bericht zum teilrevidierten Golfplatzprojekt mit nur 9 statt ursprünglich 18 Löchern nach einer Vorprüfung festhält: Aus bodenschutzrechtlicher Sicht ist es problematisch, dass mit der vorliegenden Teilrevision keinerlei Aussagen zum Umgang mit der Ressource Boden gemacht werden.

Der Kanton verweist auf dasselbe Bundesgerichtsurteil wie Paul Stopper. «Das Beispiel eines Rückbaus gibt es bisher nicht», erklärt Thomas Rubin. Er selber ist aber überzeugt, dass ein Rückbau möglich ist, abgesehen von den Stellen, an der das Clubhaus und die Parkplätze sowie die Bachführung hinkommen. Für die rund zweieinhalb Hektaren muss Ersatz gefunden werden.

«Jahre, bis Boden wieder bebaubar»

Die Meinung eines vom aktuellen Projekt unabhängigen Fachmanns zur Fruchtfolgefläche liegt zwischen den beiden Extrempositionen:

Nationalrat Max Binder aus Illnau und Mitglied des leitenden Ausschusses des Zürcher Bauernverbands erklärt: «Es kommt auf den Boden an und darauf, welche baulichen Massnahmen getroffen werden. Es ist zwar möglich, den Boden eines Golfplatzes wieder zurückzuführen, aber es kann Jahre dauern, bis der Boden wieder mit einem brauchbaren Ertrag bebaubar ist.»

Genaue Auflagen des Kantons

Die PZO muss nun die eingegangenen Einwendungen überprüfen und einen Bericht erstellen. Politisch ginge der Entscheid ohne das Eingreifen der GNVU an die Gemeindeversammlung Mönchaltorf weiter.

Für das Ausarbeiten des konkreten Projekts ist ein Gestaltungsplan nötig. Ablehnen kann die Richtplanänderung gemäss Thomas Rubin auch die Delegiertenversammlung der PZO, was aber eher unwahrscheinlich ist.

Fällanden

Weitere Krippen subventioniert

Die von der Gemeinde erweiterte Villa Kunterbunt in der Zwicky-Fabrik ist gefragter denn je. Die dreissig Plätze sind zu über neunzig Prozent ausgebucht. Seit rund zwei Jahren subventioniert die Gemeinde unter bestimmten Voraussetzungen Elternbeiträge für die Villa Kunterbunt. Inzwischen haben weitere Kinderkrippen den Betrieb aufgenommen oder ebenfalls vergrössert. Die Subventionierung wird jetzt auch auf Elternbeiträge für drei weitere familienergänzende Betreuungsangebote ausgeweitet, wie der Gemeinderat von Fällanden in einer Mitteilung schreibt.

Im Sinne einer Vorwärtsstrategie hatte der Gemeinderat den Kleinkinderhort Villa Kunterbunt sanieren lassen und der Gemeindeversammlung eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein vorgelegt, die die Stimmberechtigten im Juni 2007 genehmigt hatten. Ziel der Subventionierung ist es, mit der durch den Verein Kleinkinderhort betriebenen Kinderkrippe ein ortsgerechtes Betreuungsangebot zu fördern, das sowohl den Bedürfnissen der Kinder und der Eltern gerecht wird, als auch die Interessen des Gemeinwohls berücksichtigt. Familienergänzende Kinderbetreuungseinrichtungen, deren Leistungsbezügerinnen und -bezüger von der Gemeinde unterstützt werden, sind sowohl der Qualität als auch der Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Dabei steht die Förderung einer optimalen Gesamtentwicklung der Kinder im Vordergrund.

Ab dem 1. Januar 2010 wird nun der Geltungsbereich des Beitragsreglements mit dem Verein Kleinkinderhort Fällanden auf alle Kinderkrippen mit einer Betriebsbewilligung in der Gemeinde ausgeweitet. Der Gemeinderat rechnet mit zusätzlichen Kosten von jährlich 50 000 Franken. Für die Subventionierung der Elternbeiträge für die Villa Kunterbunt hat die Gemeindeversammlung ein Kostendach von 250 000 Franken pro Jahr gutgeheissen. Die Ausweitung ist vorerst bis Ende 2012 befristet. (avu)

Fällanden

Spitex mit neuem Leistungsauftrag

Weil sich der Vorstand des Spitex-Vereins gegen die gemeinsam ausgearbeitete Lösungsvariante ausgesprochen hatte, beschloss der Gemeinderat Fällanden, vorläufig an der bisherigen Zusammenarbeitsform festzuhalten und einen neuen Leistungsauftrag auszuarbeiten und in die Vernehmlassung zu geben. Dies teilt der Gemeinderat in einer Medienmitteilung mit. Basierend auf dem Mustervertrag des kantonalen Spitex-Verbands hat der Gemeinderat eine auf die Fällander Verhältnisse und Bedürfnisse angepasste Leistungsvereinbarung erarbeitet. Der Spitex-Verein, die Rechnungsprüfungskommission und die Ortsparteien haben die Möglichkeit, bis Mitte September dazu Stellung zu nehmen.

In diesem Entwurf werden die Ziele, Aufgaben und Leistungen der Spitex sowie deren Beziehungen zur politischen Gemeinde wesentlich detaillierter geregelt als in der noch gültigen Vereinbarung aus dem Jahr 2002. Zudem schlägt der Gemeinderat Fällanden vor, anstelle des überholten pauschalen Defizitbeitrags zeitgemässe, leistungsbezogene Beiträge anzuwenden. Der Gemeinderat rechnet nicht mit einer Reduktion der Gemeindebeiträge. Dafür werden diese auf einer klaren, transparenten Grundlage erbracht. (avu)

Fällanden Gemeinde rüstet zwei Fahrzeuge um

Künftig Sole statt Salz für den Winterdienst

Schneller, günstiger und erst noch umweltfreundlicher: Die Gemeinde Fällanden taut ihre Strassen im Winter mit Sole statt herkömmlichem Salz auf.

Weil zwei Salzstreuer des Fällander Werkhof-Fahrzeugparks ersetzt werden müssen, wurde vom örtlichen Gemeinderat der Wechsel auf ein anderes, umweltverträglicheres System geprüft, wie dieser in einer Mitteilung schreibt. Jetzt hat die Behörde entschieden, für den anstehenden Winterdienst zwei Fahrzeuge auf ein sogenanntes Salz-Sole-System umzurüsten.

Sofortige Auftauwirkung erzielen

Mit dem Einsatz von Salzsole (Salzwasser) ist im Gegensatz zur herkömmlichen Methode (Trockensalz und Feuchtsalz) eine sofortige Auftauwirkung auf der bespritzten Oberfläche – sprich den Strassen und Gehwegen – verbunden. Wesentliche Vorteile sind gemäss der Abteilungsleiterin Bevölkerung und Sicherheit, Denise Gloor, «eine erhebliche Kostenreduktion, sowohl im Salzverbrauch als auch im Unterhalt der Winterdienstgeräte». Zudem könne so ein wertvoller Beitrag zur Umweltfreundlichkeit geleistet werden.

Die innovative Technik werde zu Beginn des Winterdiensts näher vorgestellt und die Bevölkerung im Detail orientiert, so Gloor gestern auf Anfrage.

Salzbedarf bis zu 40 Prozent tiefer

Mit dem Einsatz von Sole lässt sich gemäss dem Fällander Gemeinderat der Salzbedarf im Winter bis zu vierzig Prozent reduzieren. Er hat deshalb für die notwendigen Anschaffungen 58 000 Franken bewilligt.

«Die Gemeinde Fällanden positioniert sich mit diesem Systemwechsel als moderne Verwaltung, die den heutigen Anforderungen im Winterdienst vollumfänglich Rechnung trägt. Die Gelder der Steuerzahler werden damit umsichtig und betriebswirtschaftlich eingesetzt», so Abteilungsleiterin Gloor. (avu)

Uster Geglückter Umzug mit schönen Möbeln

Stadtrat hat ein neues, angemessenes Zimmer

Die Stadtverwaltung platzte aus allen Nähten. Mit den Räumen am Gotthardweg konnte Abhilfe geschaffen werden – im Kreditrahmen.

Insgesamt stand der Stadt ein Betrag von 672 000 Franken für die Standort- und Raumoptimierung der Stadtverwaltung zur Verfügung. 577 000 Franken hatte das Parlament gesprochen. Später kamen nochmals 95 000 Franken Kredit vom Stadtrat dazu.

An einem Tisch arbeiten

Mit diesem Geld wurde das Präsidialdepartement aus dem Stadthaus in die benachbarte Liegenschaft am Gotthardweg 1 ausgelagert. Bei der Planung ging man von einem Teilersatz des Mobiliars aus. «Bei der Detailplanung zeigte sich, dass sich in den betroffenen Büros Möbel von verschiedenen Herstellern befanden», schreibt der Stadtrat in seiner Bauabrechnung. Dazu kam, dass einige dieser Möbel schon längere Zeit nicht mehr erhältlich sind und durch den langen Einsatz das Ende ihrer Lebensdauer erreicht hatten. Das machte den Zusatzkredit nötig. Mit dem zusätzlichen Geld wurden die Büromöblierung, eine neue, farblich abgestimmte Bestuhlung und ein «angemessener Stadtratstisch» beschafft.

Räume bereits wieder genutzt

Die so entstandenen leeren Räume im Stadthaus wurden zur Bedürfnisabdeckung der verschiedenen Abteilungen genutzt. Der Friedensrichter ist ebenfalls wieder im Stadthaus anzutreffen, und das alte Stadtratszimmer dient nun der Abteilung Soziales als Sitzungszimmer. Mit dieser Raumoptimierung konnten auch die Geschäftsfelder Informatik und Liegenschaft je örtlich zusammengefasst werden.

Die Bauabrechnung, die dem Gemeinderat vorgelegt wird, weist eine Punktlandung aus. Vom Kredit wurden 666 000 Franken ausgegeben – 6000 Franken unter Budget. (brü)

In Kürze

Highlanders' Linguist Club

Uster. Am Freitag, 28. August, spricht Kurt Locher um 20 Uhr im Highlanders' Linguist Club an der Berufsschulstrasse 1 über «Ancient Egyptian Skylore». Der Vortrag findet in englischer Sprache statt. (avu)